

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

Die Zukunft der Grohner Düne gemeinsam gestalten

Die Grohner Düne, die Anfang der Siebzigerjahre zwischen den Ortsteilen Grohn und Vegesack gebaut wurde, bietet mit insgesamt 570 Wohnungen knapp 2 000 Menschen auf allerengstem Raum ein Zuhause: Familien mit Kindern, älteren Menschen, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Menschen unterschiedlichster Nationalitäten, Bildung und Religionen. Menschen, die in Vegesack wohnen, leben und arbeiten. Ihre Kinder gehen in Vegesack in die Krippe, in die Kindergärten und in die Schulen. Es sind Menschen, die aufgrund ihrer Lebenssituation auf preisgünstige Wohnungen angewiesen sind.

Doch wo viele Menschen auf engstem Raum wohnen, sind Konflikte und Probleme nicht ausgeschlossen. Während Drogen- und Waffendelikte immer wieder in den medialen Fokus rücken, sind hingegen die größten Probleme der meisten Bewohner Armut, prekäre und unsichere Aufenthaltsgenehmigungen, Schulden, fehlende Arbeit, Leiharbeit oder unwirtliche Wohnbedingungen. Das führt nicht zuletzt zu Unsicherheit in ihrem Wohn- und Lebensumfeld. Die Hochhaussiedlung Grohner Düne ist laut Sozialreport „Monitoring Soziale Stadt“ von 2013 ein sozialer Brennpunkt Bremens. Zudem ist der Gebäudekomplex wie ein bauliches Bollwerk: Nur ein kleiner Eingang führt ins Innere des mehrstöckigen Hochhaus-Ringkomplexes – eine wirkliche Öffnung zum Stadtteil, die die Integration der Menschen im Stadtteil fördern würde, ist nicht gegeben.

Als Folge ist das Image der Grohner Düne im Stadtteil schlecht. Die Bewohner werden oft stigmatisiert. Sie haben oft allein aufgrund ihrer Adresse kaum Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Auf der anderen Seite fehlt es an preiswerten Wohnalternativen im Stadtteil. Die Menschen der Grohner Düne haben kaum Möglichkeiten, woanders preiswerte Wohnungen zu finden. Die Wohnungen in der Grohner Düne sind nahezu vollständig bewohnt.

In den vergangenen Jahren wurde die Grohner Düne mehrmals verkauft. Zuletzt gehörte der Hochhauskomplex dem Unternehmen „Deutsche Wohnen AG“. Die Grohner Düne wechselte nun erneut den Besitzer. Der private Immobilienkonzern Grand City Property, ein börsennotiertes Wohnungsunternehmen aus Berlin, ist nun der neue Eigentümer. Allen Käufern geht und ging es nicht vornehmlich darum, den Bewohnerinnen und Bewohnern ein schönes Zuhause zu bieten. Im Gegenteil, die Grohner Düne ist ein Spekulationsobjekt für börsennotierte Unternehmen, in deren Fokus weder sozial-, stadtteil- und stadtentwicklungspolitische noch städtebauliche Belange stehen.

Die Grohner Düne ist nicht nur ein baupolitisches, sondern genauso ein sozial-, integrations- und innenpolitisches sowie städtebauliches Thema. Bremen muss deren Entwicklung ressortübergreifend wahrnehmen und vorantreiben. Aus diesen Gründen besteht ein großes Interesse daran, auf solche Großwohnanlagen direkten Einfluss zu nehmen. Ein Rückkauf muss daher angestrebt und ein ressortübergreifendes Konzept entwickelt werden, wie die Zukunft der Grohner Düne zusammen und im Sinne der Bewohnerinnen und Bewohner gestaltet werden kann.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. auch weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, um Voraussetzungen für ein Vorkaufsrecht zu schaffen, um die Grohner Düne in den öffentlichen Besitz zu überführen;
2. das Quartier Grohner Düne im Sinne des Baugesetzbuchs zu einem förmlich festgelegten Sanierungsgebiet oder städtebaulichen Entwicklungsbereich umzuwidmen;
3. ein ressortübergreifendes Konzept zur Beseitigung sozialer und städtebaulicher Missstände mit einer klaren Zeit-Maßnahmen-Achse sowie einen Finanzierungsplan zur langfristigen Verbesserung der Verhältnisse im Bereich der Grohner Düne vorzulegen;
4. solange die Grohner Düne sich noch nicht im öffentlichen Besitz befindet, die Eigentümer der Grohner Düne zur Einhaltung ihrer Verpflichtung gegenüber den Mieterinnen und Mietern, dem Mietobjekt und dem Stadtteil aufzufordern;
5. ein Konzept unter Einbezug der Stadtgesellschaft (Verbände, Initiativen und Träger der sozialen Arbeit, Nachbarschaftshilfe und Kultur), Kommunalpolitik, öffentlicher Verwaltung (Amt für Soziale Dienste, Polizei, Umweltbetrieb Bremen, Bauamt), sozialen, kulturellen und integrativen Institutionen im Stadtteil (z. B. Kindergarten, Hort, Schule, WiN-Forum) sowie der Bewohnerinnen und Bewohner zu entwickeln, wie die Wohn- und Lebenssituation verbessert und nachbarschaftlich und sozial in den Stadtteil hinein geöffnet werden kann;
6. ein Konzept zu möglichen Umbaumaßnahmen an der Grohner Düne vorzulegen, die zu einer baulichen Öffnung Richtung Stadtteil und zu mehr Sichtbarkeit und Sicherheit im jetzigen Innenhof, gerade auch als Spielort für Kinder, beitragen. Weitere Eckpunkte des Konzepts könnten sein: Teilumbau, Aufwertung von Teilbeständen, Umwandlung eines Teils in studentisches Wohnen, Kindertagesstätte, Altenwohnen, Einrichtung von Concierges;
7. zusammen mit Arbeitsressort, Jobcenter und Arbeitslosenzentrum Bremen-Nord (ALZ) eine neue Initiative zu entwickeln, um sinnvolle soziale Infrastruktur und Beschäftigungs-/Qualifizierungsmöglichkeiten zu schaffen. Mit der örtlichen und regionalen Wirtschaft soll ein Konzept entwickelt werden, wie Jugendlichen Praktikums- und Ausbildungsplätze besser vermittelt werden können;
8. Kitas, Krippen, Horthaus, Spielhaus, Schulen und familienorientierte Arbeit rund um die Grohner Düne vermehrt insbesondere auch in der Elternarbeit zu unterstützen und dazu gerade auch das Angebot für die 0-3-Jährigen mittelfristig weiter auszubauen;
9. Integrationsangebote, Kinderkulturprojekte, den Flüchtlingstreffpunkt, das Jugendprojekt WeUnited zu unterstützen. Das Projekt Pro Düne soll nicht allein mit der Ausrichtung auf die Zielgruppe der Mhallhamiye, sondern vor allem zur Kulturvermittlung fortgeführt werden.
10. Beratungsangebote für Bewohnerinnen und Bewohner der Grohner Düne schaffen, die sie in Fragen der Behebung wohnlicher Mängel bis hin zu juristischen Beratungen wie bei Mietminderungen unterstützen.
11. eine Imagekampagne Pro Grohner Düne aus Mitteln des Stadtteilmarketings zu entwickeln und zu realisieren, um den Standort differenzierter zu kommunizieren, erlebbar zu machen und die Stigmatisierung aller Bewohnerinnen und Bewohner einzudämmen.

Dr. Maike Schaefer, Carsten Werner, Susanne Wendland, Björn Fecker,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jürgen Pohlmann, Max Liess, Margitta Schmidtke,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD